

Mit Franz Renner, guten Abend, unsere Schlagzeil.

Im Konflikt um die Region Berg Karabach in Azerbaijan haben die armenischen Separatisten kapituliert.

Im Unersicherheitsrat trifft der ukrainische Präsident Zelensky erstmals seit Kriegsbeginn auf den russischen Außenminister Lavrov.

Zu den Chancen von Friedensverhandlungen in diesem Krieg hören sie im Anschluss eine Diskussion in der Journal-Panorama-Mitwachsrunde.

Die Regierungsparteien haben sich auf strengere Strafen für Besitz und Herstellung von Kindesmissbrauchs-Darstellungen geeinigt.

Der Impfstoff gegen das RS-Virus ist früher als angekündigt, jetzt schon verfügbar.

Großbritannien dreht die Uhren in seinen Klimaschutzbemühungen zurück und der höchstrangige britische Umweltschützer König Charles III. ist zum Staatsbesuch in Frankreich eingetroffen.

Da sind mir gleich zuerst aber die Wetterprognose Emmanuel Oberhuber bitte.

Heute Abend bleibt es im Norden und Osten Österreichs klar, im südlichen Bergland entstehen einzelne Schauer.

Die Temperaturen sinken bis morgen früh auf meist 17 bis 9 Grad.

Morgen hält sich dann stellenweise bis in den Vormittag hin ein Nebel, danach setzt sich die Sonne durch.

Länger bewölkt mit einzelnen Schauern bleibt es von Südjorl bis Kärnten.

Im Laufe des Tages kommt recht kräftiger, vöniger Südwind auf, speziell im Osten Österreichs und das bei 22 bis etwa 28 Grad.

Wir beginnen am Kaukasus.

Noch mehr als drei Jahrzehnten dürfte die de facto Unabhängigkeit der Region Bergkarabach zu Ende sein.

Die armenischen Separatisten haben kapituliert einen Tag nach Beginn der Militäroffensive, also Bajans.

Das aserbajanische Verteiligungsministerium verkündet zum Mittag das Ende der Antiterroroperation,

wie es die massiven Angriffe auf Bergkarabach bezeichnet.

Aserbajan hat gesiegt.

Die Karabach-Amenier stimmen zu, ihre Waffen abzugeben und besiegeln damit wohl das Ende ihrer in einem blutigen Krieg Anfang der 90er-Jahre mit Militärhilfe aus Armenien erkämpften de facto Unabhängigkeiten.

Armenien waren der Ausarbeitung dieser Einigung nicht beteiligt, sagt der armenische Ministerpräsident

Niko Bosnian mit niedegeschlagenen Amine.

Die Worte sind auch ein Eingeständnis der Machtlosigkeit Armeniens.

Anders als bei früheren Konfrontationen ist es militärisch zu schwach, um den Karabach-Amenien zu Hilfe zu kommen.

Aserbajan hingegen hat in den vergangenen Jahrzehnten mit den Einnahmen aus seinen Ölexporten massiv aufgerüstet.

Aserbajan will bergkarabach von den Armenien ethnisch säubern.

Es hat zu diesem Treck sogar Fluchtkorridore angerichtet, sagt der armenische Vizeausminister Paruye Hofanisyan.

Ein Leben der rund 120.000 Karabach-Armenier unter den siegreichen Aserbajanern könne man sich nur schwer vorstellen, meinte er.

Und tatsächlich, auch wenn Aserbajan zusichert, die besiegten friedlich integrieren zu wollen, flüchten tausende Karabach-Armenier auf den Flughafen oder ins Lager der russischen Friedensdruppen.

Die haben gestern in die Kämpfe nicht angegriffen, obwohl Armenien und Russland stets verbündete waren.

Auch das wohl ein Zeichen geänderter Machtverhältnisse.

Russland konzentriert sich inzwischen auf den Ukraine-Krieg und hat im Kaukasus an Einfluss verloren.

Christian Lininger hat berichtet.

Nach der Unervollversammlung hat der ukrainische Präsident Zelenski heute in New York seinen zweiten großen Auftritt.

In der Sitzung des Sicherheitsrates, da trifft er erstmals seit Beginn des Krieges auf den russischen Außenminister Lavrov.

Ernst gern Meyer berichtet.

Es ist die höchstrangige Begegnung von Vertretern der Kriegspartei in seit Beginn der russischen Invasion in der Ukraine im Februar letzten Jahres.

Der ukrainische Präsident Volodymyr Zelenski und der russische Außenminister Sergey Lavrov zur selben Zeit im Sitzungssaal des Unossicherheitsrats in New York.

Der Zeitplan hat allerdings nicht gehalten.

Der russische Unobotschafter Vasily Nevansya hatte etwas gegen die Tagesordnung.

Insbesondere war er dagegen, dass der ukrainische Präsident vor den Mitgliedern des Sicherheitsrates sprechen würde.

Der Vorsitzende der albanische Ministerpräsident Edi Rama hatte eine Lösung.

Stoppen Sie den Krieg und Zelenski werde gar nicht sprechen im Fall Rama.

Soweit ist es nicht gekommen.

Zelenski kritisierte in seiner Rede das Unossystem, dass dem von Russland losgetretenen Krieg tatenlos zusehen müsse, weil Russland mit seinem Veto jede Aktion blockieren kann.

Das Veto in der Hand des Aggressors führt zur Blockade der UNO, obwohl der Angriff die UNO-Karte eindeutig verletzt ist, sagt Zelenski.

Der russische Außenminister wird das später am Abend sprechen.

Insgesamt stehen mehr als 60 Staatenvertreter und Vertreterinnen auf der Rednerliste darunter Österreichs Außenminister Alexander Schallenberg.

Zeitgleich mit dem UNO-Sicherheitsrat findet in New York eine Art Klimagipfel der Willigen Stadt.

UNO-Generalsekretär Antonia Guterres hat dazu nur Staaten und Unternehmen geladen, die seiner Meinung nach glaubhaft Maßnahmen für den Klimaschutz setzen.

Die USA und China sind nicht darunter.

Die Menschheit habe das Tor zur Hölle geöffnet, sagt UN-Generalsekretär Guterres.

Ohne Gegenmaßnahmen rase man auf eine Erderwärmung um 2,8 Grad zu.

Die USA auf einem sehr guten Weg, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber

dem Stand von 1990 zu senken, sagt EU-Kommissionspräsidenten von der Leyen.

Aber es brauche mehr Anstrengungen, um auf fossile Brennstoffe vor allem Kohle zu verzichten, sagt der Deutsche Bundeskanzler Scholz.

Österreich wird daher bis 2026 zusätzlich 220 Millionen Euro für die internationale Klimafinanzierung bereitstellen, kündigt Bundespräsident Van der Bellen an.

Zudem wollen Österreich weiterhin die am meisten gefährdeten Länder und Gemeinschaften unterstützen.

Einige Länder hier machen sich für universelle Maßnahmen stark, kehnen ja etwa vor der eine globale Steuer auf den Handel mit fossilen Brennstoffen.

Ziel der UNO ist es, mit diesem heutigen Klimagipfel die Länder zu motivieren, die beim Klimaschutz auf der Bremse stehen, aber auch jene wie Großbritannien, die beschlossen haben, jetzt den Rückwärtsgang einzulegen.

Aus New York hat in KB berichtet nach Österreich.

Die Regierungskollektion will den Strafraum für Besitz und Herstellung von Kindesmissbrauchs Darstellungen deutlich erhöhen, eine Folge der Umstrittenen, weil bedingt ausgesprochenen Haftstrafe gegen den Schauspieler Florian Teichmeister.

Dazu kommen die verpflichtende Umsetzung von Kinderschutzkonzepten an den Schulen und die Ausweitung des Tätigkeitsverbots.

Der heutige Ministerratsbeschluss wird nun dem Parlament übermittelt, das Gesetz soll noch euren Kraft treten, Jürgen Pettinger berichtet.

Der Besitz von Kindesmissbrauchs Darstellungen ist derzeit mit maximal zwei Jahren bedroht. Das sei zu wenig, sagt Justizministerin Alma Satic von den Grünen.

Die Straftrohung wird daher auf drei Jahre angehoben, kann aber noch höher werden, wenn ein Täter besonders viele Bilder oder Dateien besitzt.

Dazu kommt eine Mindeststrafe von sechs Monaten.

Das heißt, wenn Personen eine Vielzahl von Missbrauchs Darstellungen auf ihren Datenträgern gespeichert haben oder wenn sie diese Missbrauchs Darstellungen selbst herstellen und wenn das insbesondere eine Vielzahl von sehr jungen Kindern betrifft, dann haben wir die Strafen verdoppelt, verdreifacht, damit dieses Unrechtgehalt auch widerspiegelt wird.

Bei Herstellung und Verbreitung drohen in Zukunft bis zu zehn Jahre Haft.

Höhere Strafen halten Täter allerdings nicht auf, kritisiert Alois Pirkelbauer, Professor für Strafrecht an der Uni Linz.

Das ist eher eine Symbolik, die dahinter steht und das hat letztlich auch die Frau Justizministerin gesagt, dass es hier darum geht, ein Zeichen so zu setzen in der Wertigkeit und da gegen aufzutreten.

Das ist eine Entscheidung der Politik, die es trifft unter rechtsdogmatischen und unter kriminalpolitischen Gesichtsbogen ist das durchaus ein sehr kritischer See in der Weg, weil einfach sehr schnell einmal die Wertigkeit der Delikte untereinander aus den Fugen geraten kann.

Ein Beispiel.

Drei Jahre ist auch die Höchststrafe bei grob fahrlässiger Tötung, allerdings ohne Mindeststrafe. Den Vorwurf, Symbolpolitik zu betreiben, will Familienministerin Susanne Raab von der

ÖVP nicht gelten lassen.

Ja, ich sehe das so.

Es geht darum, dass es hier um sexuell missbrauchen Kindern geht und die Darstellung von diesen. Und da will ich und da wollen wir auch, dass sich dieser Unrechtsgehalt auch widerspiegelt in unserem Strafrecht.

Die Richterinnen und Richter brauchen die Werkzeuge in die Hand, um den höchstmöglichen Schutz und auch die höchstmögliche Strafe bei diesen schweren Delikten verhängen zu können.

Straftäter sollen zudem nie wieder mit Kindern arbeiten dürfen.

Das Gesetzespaket sieht auch verpflichtende Kinderschutzkonzepte an Schulen vor.

Mit Konzepten allein ist es nicht getan.

Es braucht Ressourcen, um wirklich Beziehungsarbeit mit den Kindern und Jugendlichen machen zu können, um wirklich präventiv mit diesem Thema umgehen zu können.

Sagt Strafrechtsprof.

Alois Pirkelbauer.

Die Regierung will den Gesetzentwurf im Oktober dem Parlament vorlegen.

In Kraft treten soll das Ganze noch heuer, mit 1.

Dezember.

Die Teuerung war und ist heute bestimmendes Thema im und vor dem Parlament.

In diesen Minuten wird in einer Protestaktion des ÖGB um das Parlament eine 4 Kilometer lange Menschenkette gebildet, mit dem Ziel die Regierung zu mehr Maßnahmen gegen die Teuerung zu drängen.

Im Parlament hat der Misstrauensantrag der SBA gegen die Regierung heute nur die Zustimmung der Freiheitlichen gefunden, ist also gescheitert.

Auch da ging es um die Teuerung, wie Eva Haslinger berichtet.

In der Teuerungskrise versage die Regierung komplett.

So lautet der Befund von SBO-Mandatar Jan Kreiner.

Das ist ja das Unverzeihliche in ihrer Politik, dass sie eben nicht in die Preise eingegriffen haben und die Preise nach wie vor explodieren.

Die Bevölkerung hat ihnen das Vertrauen schon lange aufgekündigt.

Auch in den Augen der FPÖ hat die Regierung ausgedient.

Abgeordneter Gerhard Kanyak orte eine Schuldenpolitik in Rheinkultur.

Jedes Monat, dass diese Bundesregierung früher aus dem Amt geht, ist ein Monat weniger Schaden für die Österreicher und für die zukünftigen Generationen, also Neuwahlen sofort.

Es gäbe einen Reformstau, so Karim Doppelbauer von den NEOS.

Wir haben keine Pensionsreform, wir haben keine Föderalismusreform, wir haben keine Bildungsreform.

Der Kanzler kontert, die Regierung habe drei große Pakete geschnürt, um die Menschen durch die Krise zu bringen, so Karl Nehammer.

Eine toxische, eine giftige, schlechte Ederei des Landes hilft den Menschen nicht, hilft dem Wirtschaftsstandort nicht.

Das, was die SPÖ der Regierung vorwirft, mache sie in Wien selbst zu Lukas Hammer von den Grünen mit Verweis auf stark gestiegene Preise bei der Fernwärme, gegen die die Stadtregierung nichts getan habe.

Und wenn sie konsequent wären, dann müssten sie jetzt auch keinen Misstranzantrag den Gewinnerland des Regierung stellen.

Der Misstranzantrag findet keine Mehrheit lediglich SPÖ und freiheitliche Stimmen dafür.

Zur Landesverteidigung, da hat sich das Verteidigungsressort zum Kauf neuer Transportflugzeuge für

das Bundesheer entschlossen.

Maschinen des brasilianischen Herstellers Embraer sollen die mehr als 50 Jahre alten Herkules ersetzen.

Österreich setzt beim Kauf auf eine Kooperation mit den Niederlanden, weiß Peter Dase.

Die C390 haben zwei Düsentriebwerke und können unter anderem einen kompletten

Schützenpanzer

pandur des Bundesheeres transportieren, ohne dass dieser zerlegt werden muss.

Auch eine der großen Black Hawk-Hubschrauber des Bundesheeres hätte im Rumpfplatz.

Die Ladekapazität sei ein entscheidendes Kriterium gewesen, erklärt Verteidigungsministerin

Claudia Tanner heute.

Das prüfen verschiedener Optionen habe er geben, dass die Embraer C390 als einziges Flugzeug in der 20 Tonnen-Klasse alle unsere Anforderungen auch erfüllt.

Voraussichtlich sollen vier der neuen C390-Transportflugzeuge gekauft werden, zu je 130 bis 150 Millionen

Euro.

Den Vertrag mit der Herstellerfirma Embraer will Österreich gemeinsam mit den Niederlanden verhandeln.

Die wollen das gleiche Flugzeug kaufen, so der Rüstungschef des Bundesheeres Harald Wodoseck.

Wir werden in diesem Jahr relativ weit vorankommen und wenn die kooperative Beschaffung stattfinden

wird, so wie wir uns das vorgenommen haben, dann können wir davon ausgehen, dass wir in der ersten Jahreshälfte 2024 zu einem Vertragsabschluss gelangen werden.

Das erste Flugzeug könnte dann ab 2026 aus Brasilien nach Österreich geliefert werden.

Stationiert werden sollen die Flugzeuge in Linz Hörsching.

Die Kostenhöchstsetze für die Betreuung von Flüchtlingen werden teilweise angehoben,

das haben die Flüchtlingsreferenten der Länder mit Innenminister Karl nach vereinbart.

Beim Treffen in Kärnten gab es auch die Grundsatzvereinbarung, asylwerberkünftig zu gemeinnütziger Arbeit

zu verpflichten.

Mir von Konrad Weichselbraun und Christoph Kleinschnick.

Bisher können geflüchtete Menschen in ihren Quartier und im Auftrag von Ländern und Gemeinden arbeiten.

Künftig soll das auf gemeinnützige Organisationen ausgedehnt und verpflichtend werden.

Das haben die Landesflüchtlingsreferenten einstimmig beschlossen, sagt Wolfgang Hartmannsdorfer ÖVP-Landesrat aus Oberösterreich.

Da geht es darum, um die Unterstützung von freiwilligen Organisationen.

Es geht aber auch darum, Gemeinden zu unterstützen im Bereich der Gartenarbeit, der Backraumarbeit,

der Flureinigung.

Dafür soll das Innenministerium ein Modell erarbeiten.

Ein weiterer einstimmiger Beschluss im Beisein von Innenminister Gerhard Karnau ÖVP, die Kostenhöchstsetze

für die Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen, sollen von 95 auf künftig 112 bzw. 130 Euro angehoben werden.

Auch für die Betreuung von Asylwerbern mit Behinderung sowie Kranken- und Pflegebedürftigen soll es künftig mehr Geld geben.

Der Impfstoff gegen das RS-Virus für Erwachsene ist früher als angekündigt, hab sofort verfügbar.

Das Virus verursacht Erkrankungen der Atemwege, mehr als 300.000 Menschen infizieren sich im Jahr und 1.500 vor allem kleine Kinder müssen im Krankenhaus behandelt werden.

Der Wehrmutz-Tropfen, die teure Impfung muss privat bezahlt werden, Informationen von Barbara Reichmann.

Schnupfen, Husten, Hals-Wee und Fieber können die ersten Symptome einer Infektion mit dem respiratorischen Syncytialvirus sein, kurz RSV.

Risikofaktoren für einen schweren Verlauf sind chronische Lungenprobleme wie Asthma- oder Herz-Kreislauf-erkrankungen.

Besonders empfohlen wird die Impfung Personen ab 60 Jahren und Schwangeren.

Das Kind soll nach der Geburt etwa ein halbes Jahr lang geschützt sein.

85 Prozent der Fälle, die im Spital behandelt werden müssen, betreffen Babys im ersten Lebensjahr.

Die RSV-Impfung muss privat bezahlt werden, sie kostet 275 Euro.

Ein weiterer Impfstoff, der auch für Kinder zugelassen ist, ist in Österreich noch nicht erhältlich.

Besonders gefährdete Hochrisikokinder können derzeit auch durch eine passive Immunisierung geschützt werden.

Dabei handelt es sich um einen monoklonalen Antikörper, der allerdings monatlich verabreicht werden muss.

Die Zahl der Firmen pleiten und Privatkonkurse ist in den ersten 9 Monaten des Jahres deutlich angestiegen um 10 bzw. fast 7 Prozent.

Veröffentlichung hat diese Zahlen der Kreditschutzverband von 1870 eine Insolvenzwelle fürchtet er nicht.

Informationen von Max Nikols.

Vor rund 3.900 Firmen haben sich bis jetzt heuer in Österreich für Zahlungsunfähigkeit erklärt.

Das ist ein Plus von fast 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr, aber nur etwas mehr als im Vorkrisenjahr

2019.

Besonders betroffen waren der Handel, die Gastronomie und die Beherbergungsbranche und die Bauwirtschaft, sagt Karl-Heinz Götze, Leiter des Bereichs Insolvenz beim Kreditschutzverband von 1870.

Was wir im Moment besonders sehen ist, dass der Bau das große Sorgenkind ist.

Die Nachfrage ist ja stark zurückgegangen und auf der anderen Seite sind die Kosten massiv gestiegen.

Diese Differenz macht sich aus, dass im Bau wahrscheinlich über die nächsten 2-3 Jahre

schon größere Probleme geben wird.

Nein, Insolvenzwellen sieht Götze nicht auf uns zukommen.

Zugenommen haben aber auch die Privatkonkurse rund 6.600 Regulierungsverfahren wurden heuer eröffnet.

Hier rechnet Götze damit, dass sich diese Zahl bis Jahresende noch erhöhen wird.

Ins Ausland wieder.

Großbritannien weicht seine Klimaziele deutlich auf.

Das Verkaufsverbot für neue Benzin und Dieselaautos wird um Jahre verschoben und tritt erst 2035 in Kraft.

Klimaziele müssten verhältnismäßig und nicht zulasten der Bürger umgesetzt werden, sagt Premier Sunnack in einer Rede heute Nachmittag.

Diese politische Kehrtwende stößt auch in den eigenen Reihen auf Widerstand, berichtet aus London Sophie Ruppetz.

Noch unter Ex-Premier Johnson hat die britische Regierung die grüne Revolution ausgerufen.

Heute aber verkündet Premier Sunnack einen pragmatischeren Ansatz.

Wir können die hohen Kosten nicht auf hart arbeitende Familien abwälzen.

Benzin und Dieselmotoren dürfen etwa noch bis 2035 verkauft werden, statt wie bisher geplant nur bis 2030.

Das Aus-von-Gas-Heizungen bis 2035 ist nicht mehr verpflichtend.

Wir zwingen sie nicht, sieben verschiedene Recyclingmülltonnen zu Hause zu haben.

Es wird keine Steuererhöhung auf Flüge geben.

Klimaneutral bis 2050 zu werden, soll dennoch gelingen.

Sunnack geht mit dem Kurswechsel wohl auf Stimmenfang ein Jahr vor der nächsten Parlamentswahl.

In Umfragen liegt die Partei weit hinter der oppositionellen Leberpartei.

Das iranische Parlament hat heute die Strafen für Frauen, die kein Kopf durchtragen oder gegen andere Bekleidungs Vorschriften verstoßen, massiv verschärft.

Angedroht werden den Frauen damit unter anderem hohe Geld bzw. lange Haftstrafen, berichtet Katharina Wagner.

Massive Strafen bei Verstößen gegen die iranische Kleiderordnung.

Das iranische Parlament hat diesen heute zugestimmt.

Das Gesetz soll probeweise für drei Jahre gelten, heißt es.

Im Parlament haben Konservative und Hartleiner die klare Mehrheit.

Reformer wie Gola Marezanori sind dort in der Minderheit.

Er sei für Strafen bei Verstößen gegen die Jobpflicht gewesen.

Doch dieses Gesetz würde nicht seinen Vorstellungen entsprechen, sagt er.

Das Gesetz sieht bei wiederholtem Verstoß gegen die Kleiderordnung unter anderem Geldbußen von umgerechnet bis zu 5.000 Euro, sogar Haftstrafen von bis zu 15 Jahren vor.

Prominente, die die Hijabregeln nicht einhalten, riskieren bis zu 15 Jahre Berufsverbot und die Konfiszierung von 10% ihres Vermögens.

Vormal muss den Verschärfungen noch der iranische Wächterrat zustimmen.

Das dürfte reine Formsache sein.

Eine Art Insider-Geschäft wird im sozialdemokratischen Bezirksvorsteher von Wintona statt Ernst Nevri

wie vorgeworfen.

Es geht um ein lukratives Geschäft mit einem Kleingarten.

Selbst die Wiener SPÖ spricht von einer Zitat, nicht optimalen Optik der Rufnachkonsequenzen wird lauter, berichtet Stefan Kappacher.

Im Jänner 2020 hat der Kleingartenverein die Umwidmung formell beantragt, sechs Monate später hat Ernst Nevri wie sich dort noch günstiger einen Grund gekauft.

Ein Jahr später war deren Doppel zu viel wert.

Ein Interview wie der SPÖ Bezirksvorsteher dazu nicht geben, aber er schreibt uns erneut, dass die Umwidmung schon seit vielen Jahren vom Verein betrieben worden sei.

Die Kernfrage blendet er aus, dass das formelle Wittmungsverfahren just zu der Zeit gestartet wurde, als er sich dort einkaufte.

Das sei damals das Gesprächsthema in der Siedlung gewesen, sagt Nicole Schenk, die dort ebenfalls ein Grundstück hat.

Es kann mir kein Bezirksvorsteher erzählen, dass er von dem nichts gewusst hat.

Natürlich hat er gewusst davon, also für mich stinkt das bis zum Himmel.

Hat Ernst Nevri wie beim Kauf also gewusst, dass es mit der Umwidmung ernst wird?

Das ist der politisch entscheidende Punkt, die verheerende Optik, wie die politischen Mitbewerber es nennen, die Aufklärung und Konsequenzen fordern.

Auch SPÖ Landespartei sekretärin Barbara Nowak sagt,

dass wir mit einer Optik konfrontiert sind, die nicht optimal ist, das bestehe ich zu.

Sie gehe aber davon aus, dass rechtlich alles korrekt gelaufen sei.

Nevri wie bekräftigt, das heute auf Anfrage, Zitat.

Auf den Zeitplan für die öffentliche Auflage und somit dem tatsächlichen Wittmungszeitpunkt habe ich keinen Einfluss genommen.

Die kritisierte, nicht optimale bis verheerende Optik hat er damit nicht verbessert.

Beim Versuch, ein Schlepperfahrzeug zu stoppen, ist heute in Reichersberg in Bezirkried in Oberösterreich ein Polizeiautausch.

Wer beschädigt worden, die Polizisten gaben Warnschüsse ab Mirvon, Doris Fischerstadler.

Kurz nach 8.30 kommt es auf der Bundesstrasse zur Verfolgungsjagd.

Eine Zivilstreife versucht einen weißen Kastenwagen mit ungerischem Kennzeichen zu stoppen.

Bei der Flucht des Schleppers kommt es zum Zusammenstoß zwischen dem Polizeivagen und dem Schlepperfahrzeug.

Der Kastenwagen landet in einem Feld, die Zivilstreife wird schwer beschädigt.

Die Beamten geben auch Warnschüsse ab, es wird niemand verletzt.

Die Polizei nimmt zwei Männer fest, ein Syrer soll als Schlepper am Steuer gesessen sein.

Bei einer sofortigen Fahndung werden im Umkreis noch 18 Türken aufgegriffen, die im Schlepperfahrzeug

gesessen sind.

Die Ermittlungen laufen noch.

Royal ist jetzt noch.

Versuch Nummer 1 war an den Protesten gegen die Pensionsreform in Frankreich noch gescheitert.

Versuch Nummer 2 hat heute geklappt.

Der britische König Charles III. ist mit Queen Camilla zum Staatsbesuch in Paris eingetroffen aus Paris-Leonid.

Auf den Champs-Élysées vor dem Triumphbogen nimmt Präsident Macron den britischen König in Empfang.

Gemeinsam fachen sie die Flamme auf dem Grab des unbekanntes Soldaten an.

Das Grab ist Symbol für alle Soldaten, die für Frankreich im Krieg gefallen sind.

Und der gemeinsame Besuch ein Signal, dass man sich um bessere Beziehungen bemühen will, nachdem der Brexit das Verhältnis zwischen Frankreich und Großbritannien in Mitleidenschaft gezogen hat.

Das öffentliche Interesse ist jedoch mäßig.

Die Champs-Élysées ziehen heute nicht die Massen an, die die Queen mobilisiert hätte.

Er ist einfach weniger sympathisch, sagt die Pariserin Marielle Nobree.

Zur Stunde sind die beiden Staatsoberhäupter zu Beratungen im Élysée-Palast.

Am Abend richten Macron und seine Frau Brigitte ein Staatsbankett zu Ehren der Queen im Schloss von Versailles aus.

Was es am Tag so verlichtenswertes gegeben hat.

Auto 3 nachher bitte.

Opern-Sänger Stephen Gould ist tot, das hat seine Künstleragentur am Nachmittag bekannt gegeben.

Dem Nachstab Gould gestern im Alter von 61 Jahren.

Erst vor wenigen Wochen hatte er eine schwere Krebserkrankung öffentlich gemacht und seine Karriere beendet.

Gould war österreichischer Kamersänger und galt als einer der besten Wagner-Sänger der letzten Jahrzehnte.

Die Wiener Staatsoper zeigt sich tief betroffen.

In Gedenken an den verstorbenen Helden Tenor ist die heutige Tristan-Vorstellung Stephen Gould gewidmet, wie Staatsopern Direktor Rostschic vor Beginn der Aufführung bekannt gegeben hat.

Energiekonzerne müssen künftig mehr von ihren Übergewinnen abgeben, die sie mit fossilen Energieträgern wie Öl und Gas machen.

Bisher wurden diese sogenannten Zufallsgewinne erst abgeschöpft, wenn sie mehr als 20 Prozent über dem Durchschnitt der vergangenen Jahre lagen.

Diese Grenze hat die Regierung jetzt auf 10 Prozent gesenkt.

ÖVP und Grüne haben das heute gegen die Stimmen der Opposition im Nationalrat beschlossen.

Nach Salzburg, Tirol und der Steiermark führt jetzt auch Veradelberg eine Abgabe für leer stehende Wohnungen ein.

Ausnahmen gibt es etwa bei Wohnungen, die der eigenen Altersvorsorge dienen.

Die Vorarlberger FPÖ und NEOS lehnen die Lehrstandsabgabe ab.

Die EU-Kommission empfiehlt die Zulassung des umstrittenen Unkrautvernichters Glyphosat für weitere zehn Jahre.

Die einzelnen Mitgliedsstaaten dürfen aber selbst entscheiden, ob Glyphosat auf ihren Äckern verwendet wird oder nicht.

Der Unkrautvernichter ist noch bis 15.

Dezember EU-weit zugelassen.

Umweltschutzorganisationen warnen vor der möglicherweise krebserregenden Wirkung des Mittels.

[Transcript] Ö1 Journale / Abendjournal um 18 (20.09.2023)

Im kommenden Jahr wird eine neue Vignettenkategorie für Pkw eingeführt, die Eintagesvignette. Sie wird 8,60 Euro kosten.

Bei der vor allem von Urlaubern genutzten 10-Tages-Vignette kommt es zu einer leichten Anpassung von bisher 9,90 Euro auf 11,50 Euro.

Der Preis der Jahresvignette bleibt unverändert.

Und wieder großer Erfolg für Radprofi Christina Schweinberger bei der Straßenrad-EM in den Niederlanden gewandt die Österreicherin Bronze im Einzelzeitfahren der Frauen.

Erst vor sechs Wochen holte Schweinberger die Bronzemedaille bei der Weltmeisterschaft in Schottland.

Das Wetter morgen, in der Früh und am Vormittag teils trüb durch Nebel oder Hochnebel, danach im Großteil Österreich Sonnig.

Länger bewölkt aber von Südtirol bis Kärnten, Höchstwerte 22 bis 28 Grad.

Für das Journalteam mit Christine Tönige, Frankenberger und Gerhard Domian verabschiedet sich Franz Renner.

Genießen Sie den Abend und bleiben Sie dran in der Journal-Panorama-Mitwuchsrunde.

Geht es jetzt um die Chancen auf Frieden in der Ukraine.